



MIZPP00SAW1A



Landeshauptstadt
München
Oberbürgermeister

Landeshauptstadt München, Oberbürgermeister, 80313 München

Ministerstvo Životního Prostředí
100 10 Praha 10 – Vršovice
Vršovická 65
Tschechische Republik

Christian Ude

MINISTERSTVO
ŽIVOTNÍHO PROSTŘEDÍ
P

Došlo dne/
čas přijeti:

31-05-2012

Počet listů:
Příloh:

4/10

2

Číslo jednací:/ENV/

Datum
25.05.2012

**Öffentlichkeitsbeteiligung an grenzüberschreitendem Verfahren zur
Umweltverträglichkeitsprüfung zum Neubau Temelín
Standort Temelín – Neubau der Blöcke 3 und 4
Einwendungen der Landeshauptstadt München**
Unser Zeichen: BOB-PE

Sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrte Damen und Herren,

für das Vorhaben „Neue Kernkraftanlage am Standort Temelín einschließlich Ableitung der Generatorleistung in das Umspannwerk mit Schaltanlage Kočín“ wurde das Gutachten zur Umweltverträglichkeitsüberprüfung dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit übersandt.

Unter Bezug auf diese Auslegung hat der Umweltschutzausschuss der Landeshauptstadt München in der Sitzung am 22.05.2012 beschlossen, dieses Vorhaben abzulehnen. Ich wende mich als Oberbürgermeister der Stadt München an Sie, um im anhängigen Beteiligungsverfahren Einwendungen zu erheben. Ich möchte an dieser Stelle nur zwei wesentliche Punkte herausgreifen.

Aus dem Gutachten ist ersichtlich, dass die Typenentscheidung für den Reaktor noch nicht endgültig getroffen ist. Gerade wenn diese Entscheidung noch nicht endgültig getroffen ist, sind die Gefahren eines schweren Unfalls noch nicht abschließend beurteilbar.

Aus den ausgelegten Untersuchungen ist auch ersichtlich, dass bisher nur mit allgemeinen Eintrittswahrscheinlichkeiten gerechnet wurde. Welche Auswirkungen mehrere Störfälle mit Ausfällen mehrerer Sicherheitssysteme gleichzeitig haben, wurde gerade nicht ausreichend untersucht. Aber gerade Fukushima hat gezeigt, dass dies erhebliche Bedeutung haben kann

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München
Telefon: 233-92486
Telefax: 233-27290

und auch unwahrscheinliche Risiken sich verwirklichen können. Die vergangenen Ereignisse in Tschernobyl und Fukushima haben eindrücklich bewiesen, dass Atomkraft trotz aller Sicherheitsvorkehrungen nicht beherrschbar ist und Radioaktivität keine Grenzen kennt. Da Störfälle Auswirkungen über mehrere hundert Kilometer haben können, besteht große Besorgnis für Gesundheit und Leben der Münchner Bevölkerung.

Die Einwendungsfrist ist jetzt bis 18.06.2012 verlängert worden; der Erörterungstermin findet am 22.06.2012 statt. Aus meiner Sicht ist ein Zeitraum von lediglich vier Tagen keinesfalls ausreichend, um sich qualifiziert mit den Einwendungen auseinanderzusetzen. Am 22.06.2012 ist der Termin für die formelle öffentliche Anhörung im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in Budweis. Zu der Veranstaltung ist auch die interessierte deutsche Öffentlichkeit eingeladen. Für die Teilnehmer steht eine Übersetzung ins Deutsche zur Verfügung.

Die Landeshauptstadt München schlägt dennoch, angesichts der Bedeutung und der großen Betroffenheit der Bevölkerung auch in der Landeshauptstadt München, einen zusätzlichen Anhörungstermin in Deutschland in deutscher Sprache vor. Auch die für den 12.06.2012 in Passau geplante, von der tschechischen Regierung angebotene, informelle Diskussionsveranstaltung ersetzt nicht eine formelle öffentliche Anhörung. Ich bin deshalb der Meinung, dass ein offizieller Anhörungstermin zu einem späteren Zeitpunkt unter Einbeziehung aller dann verbindlichen Festsetzungen erforderlich wäre.

Ich bedanke mich für Ihr Verständnis und hoffe sehr, dass meine Anliegen Berücksichtigung finden.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Ude